



KfW Research

# KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015

Bank aus Verantwortung

**KfW**

## **Impressum**

Herausgeber  
KfW Bankengruppe  
Palmengartenstraße 5-9  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 7431-0  
Telefax 069 7431-2944  
[www.kfw.de](http://www.kfw.de)

Redaktion  
KfW Bankengruppe  
Abt. Volkswirtschaft  
[research@kfw.de](mailto:research@kfw.de)

Dr. Jennifer Abel-Koch  
Telefon 069 7431-9592

Dr. Klaus Borger  
Telefon 069 7431-2455

Anke Brüggemann  
Telefon 069 7431-1736

Dr. Arne Leifels  
Telefon 069 7431-4861

Dr. Martin Raschen  
Telefon 069 7431-2434

Dr. Volker Zimmermann  
Telefon 069 7431-3725

Titelbild:  
Getty Images / Fotograf: zhang bo

ISSN 2365-7707

Frankfurt am Main, September 2015

Datenstand: August 2015

# KFW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2015

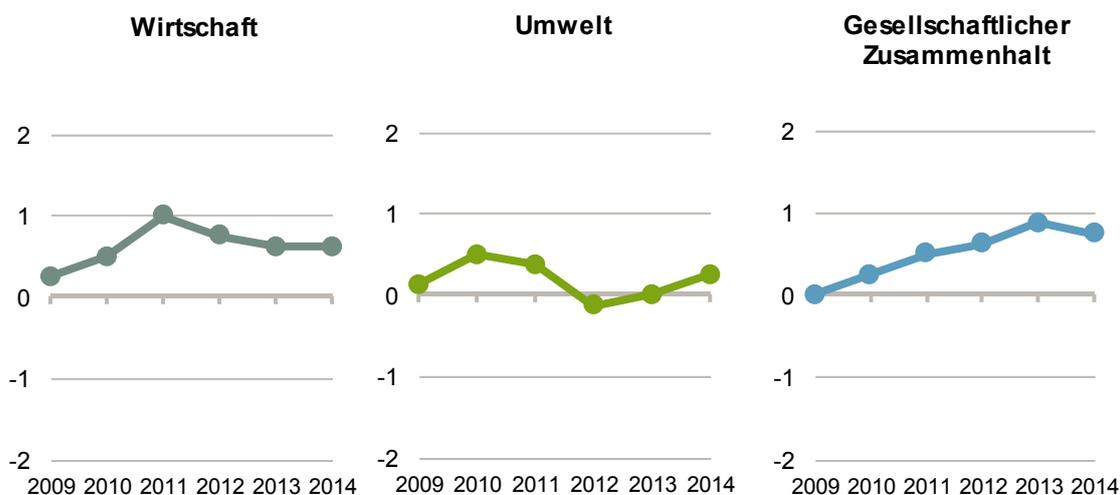
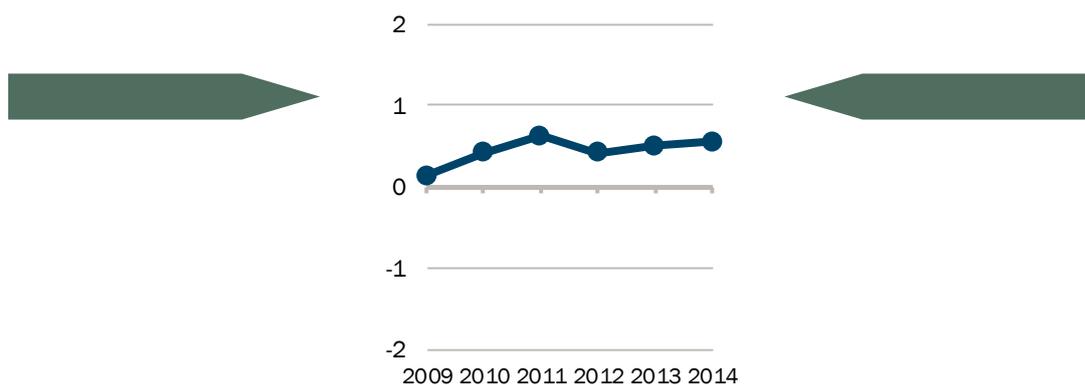
*Deutschland wird immer nachhaltiger – aus wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Perspektive. Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015 kann an das gute Ergebnis des Vorjahres anknüpfen und stützt sich dabei auf eine breite Basis. In allen Dimensionen – Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt – sind deutliche Verbesserungen gegenüber dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre zu beobachten. Besonders erfreulich ist die positive Entwicklung in der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt, die gegenüber dem Vorjahr an Dynamik gewonnen hat. Fortschritte im Klimaschutz und die Steigerung der Energieeffizienz sind hierbei die treibenden Faktoren. Damit ist Deutschland auch im Hinblick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die im September 2015 offiziell verabschiedet werden sollen, auf einem guten Weg.*

## **1. Gesamtbetrachtung der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland**

Die nachhaltige Entwicklung in Deutschland kommt weiter voran. Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015 erreicht einen Score von 0,5 und setzt damit die guten Ergebnisse aus den Vorjahren fort. Der anhaltende Trend zu mehr Nachhaltigkeit hat ein starkes Fundament. So zeigen sich im Berichtsjahr 2014 in allen drei Dimensionen – Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Verbesserungen gegenüber der Benchmark (positiver Scorewert). Mit den neu entwickelten Sustainable Development Goals (SDGs), die die Millennium Development Goals (MDGs) 2016 ablösen und die auch für Industrieländer gelten sollen, richten sich auch die Vereinten Nationen stärker auf das Ziel nachhaltiger Entwicklung aus. Die positiven Resultate des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2015 stimmen optimistisch, dass die SDGs für Deutschland nicht nur eine Vision bleiben müssen. Ein entspanntes Zurücklehnen ist jedoch nicht angeraten – dies gilt insbesondere für die Bereiche Investitionen, Innovationen und Bildung. Auch im Klimaschutz sind die Ziele längst noch nicht erreicht.

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Wirtschaft	0,3	0,5	1,0	0,8	0,6	0,6
Umwelt	0,1	0,5	0,4	-0,1	0,0	0,3
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	0,0	0,3	0,5	0,6	0,9	0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



Quelle: KfW

#### Grafik 1: KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2015 im Überblick

##### Anhaltend positive Entwicklung in der Dimension Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft hat sich auch im Berichtszeitraum 2014 nachhaltig entwickelt. Mit einem Score von insgesamt 0,6 wird das gute Ergebnis des Vorjahres wiederholt, der Durchschnitt der letzten zehn Jahre im Mittel aller Indikatoren erneut übertroffen.

Getrieben wird dieses Resultat unter anderem durch einen leichten Anstieg der Bildungsausgaben sowie die Annäherung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben an die Zielmarke von 3 %. Sowohl beim Schlüsselthema Bildung als auch bei Innovationen besteht

jedoch noch Spielraum nach oben. Dieser sollte genutzt werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus hat sich der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung positiv entwickelt und ist auf ein neues historisches Hoch von 54,2 % geklettert. Durch den demografischen Wandel ist diese Entwicklung allerdings zukünftig gefährdet, wenn entsprechende Gegenmaßnahmen ausbleiben.

Nach wie vor Sorge bereitet das Schlüsselthema Sachkapitalbildung. Die Nettoinvestitionsquote verbessert sich 2014 zwar leicht auf 2,4 % des BIP, im Vergleich zu 1,9 % im Jahr 2013. Dies entspricht in etwa dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (Score 0). Nach langen Jahren der Investitionsschwäche ist diese Vergleichsmarke allerdings so anspruchslos geworden, dass sie keine adäquate Messlatte mehr für ein fundamental angemessenes Investitionsniveau bietet. Deutlich mehr Investitionen sind nötig, um die langjährige Vernachlässigung des Kapitalstocks dauerhaft zu überwinden. Das kürzlich angekündigte Investitionspaket für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Um eine steigende Staatsschuld muss man sich zunächst keine Sorgen machen. Die Staatsschuldenquote ist 2014 um 2,4 Prozentpunkte auf 74,7 % gefallen und sollte damit nachhaltig tragfähig sein, wenngleich die durchschnittliche Staatsverschuldungsquote der vorangegangenen zehn Jahre nach wie vor übertroffen wird (Score -1). Das gegenwärtig niedrige Zinsniveau in Deutschland entlastet den Staat zusätzlich und schafft weitere Spielräume für dringend notwendige Investitionen.

### **Fortschritte bei Klimaschutz und Energieeffizienz stärken die Dimension Umwelt**

In der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt (0,3) konnte eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (0,0) erzielt werden. Ausschlaggebend waren die für die Energiewende relevanten Schlüsselthemen Klimaschutz und effiziente Energienutzung. Beide Themenscores verbesserten sich um ganze vier Zähler von -2 auf 2.

Vor allem aufgrund der milden Witterung konnten der Treibhausgasausstoß in Deutschland im Jahr 2014 um 4,3 % deutlich reduziert und die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität um ganze 6,7 % gesteigert werden. Auch bereinigt um Temperatureffekte haben sich beide Indikatoren positiv entwickelt. Die Maßnahmen zum Klimaschutz zeigen hier ihre Wirkung, wenngleich es noch erhebliche Anstrengungen erfordern wird, die Ziele der Bundesregierung zu erreichen. Positive Nachrichten gibt es auch zum Schlüsselthema Flächennutzung. Der abnehmende Trend des Zuwachses an Siedlungs- und Verkehrsfläche in den vergangenen Jahren setze sich am aktuellen Rand weiter fort (Score +2).

Dämpfend auf das Gesamtergebnis der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt wirkten sich insbesondere die Schlüsselthemen effiziente Rohstoffnutzung (Score -1) und die Luftschadstoffemissionen (Score -1) aus. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland verschlechterte sich um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Luftschadstoffemissionen stiegen im Mittel um 0,9 % an – vor allem durch die Zunahme überwiegend landwirtschaftlich verursachter Ammoniakemissionen. Auch der Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität entwickelte sich nicht in die gewünschte Richtung (Score -2). Die Erreichung des in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie definierten Bestandszielwertes für 51 repräsentative Vogelarten im Jahr 2015 ist inzwischen nicht mehr als realistisch anzusehen. Die Sicherung der biologischen Vielfalt in Deutschland bleibt somit eine große Herausforderung.

### **Gesellschaftlicher Zusammenhalt wächst trotz stagnierender Bildungsteilhabe**

Die Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt erzielt im Berichtsjahr 2014 mit einem Gesamtscore von 0,8 das beste Ergebnis von allen Dimensionen. Allerdings kommt die nachhaltige Entwicklung hier etwas langsamer voran als noch im Vorjahr, in dem noch ein Gesamtscore von 0,9 erzielt wurde.

Besonders positiv wirkt sich die überaus erfreuliche Entwicklung beim Schlüsselthema Gesundheit aus. So sind die Krebs- und Kreislauferkrankungen deutlich zurückgegangen, was zu einem Anstieg des Themenscores um zwei Zähler von -1 auf 1 geführt hat. Ob diese Dynamik über die nächsten Jahre anhält, ist jedoch im Hinblick auf die Alterung der Bevölkerung fraglich. Zudem gibt es nur geringe Fortschritte bei der Reduzierung der Raucherquote und der Anteil übergewichtiger Menschen steigt kontinuierlich.

Auch bei den Schlüsselthemen Sicherheit, Gleichberechtigung, Integration und Internationale Verantwortung hat es weitere Fortschritte gegeben (Score 1). Dagegen sind die Schlüsselthemen Bildung sowie wirtschaftliche und politische Teilhabe eher von Stagnation geprägt. Die Niedrigqualifiziertenquote, also der Anteil der 25- bis unter 30-Jährigen ohne Berufsabschluss, liegt mit 23,6 % nur 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Positiv zu werten ist, dass es in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen immer weniger „frühe Schulabgänger“ gibt, was mittelfristig auch die Niedrigqualifiziertenquote reduzieren könnte. Die Langzeitarbeitslosenquote als Maß für wirtschaftliche Teilhabe lag 2014 zum vierten Mal in Folge bei 2,5 %. Hierbei ist allerdings das bereits sehr niedrige langjährige Mittel von 3,3 % zu berücksichtigen. Auch die politische Teilhabe liegt im langfristigen Durchschnitt. Das Interesse der Bevölkerung für Politik ist nach einem Anstieg in den Jahren 2010 und 2011 im Jahr 2013 (aktueller Datenrand) wieder leicht zurückgegangen und entspricht nun fast dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre.

## **2. Die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen – universelle Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern**

Um weltweit einen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit anzustoßen, haben sich die Vereinten Nationen im August 2015 auf die Sustainable Development Goals (SDGs) geeinigt. Als Teil der Post-2015-Agenda, die auf der Vollversammlung im September 2015 in New York offiziell unterzeichnet werden soll, sollen sie die auslaufenden Millennium-Development Goals (MDGs) ablösen und als politisches Leitbild für die kommenden 15 Jahre dienen.

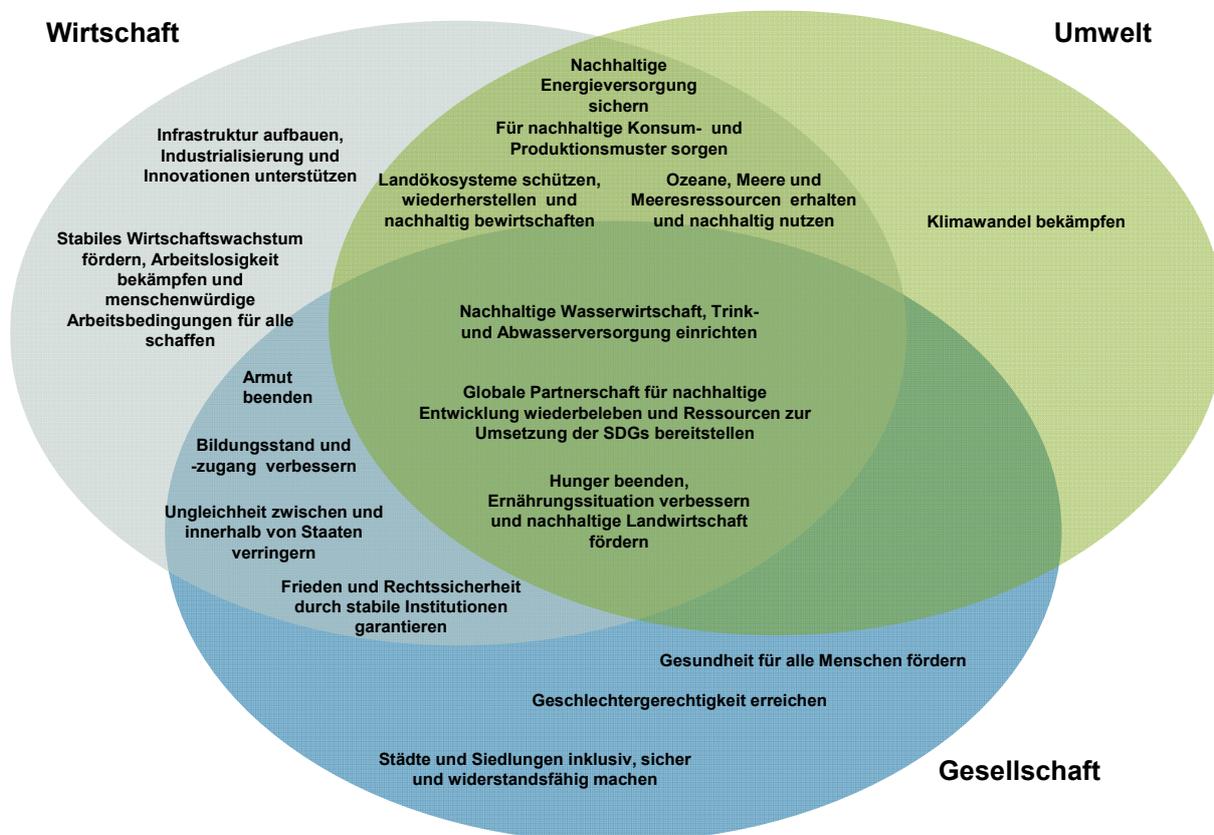
Die SDGs nehmen die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft in den Blick und gehen damit weit über die MDGs hinaus, deren Fokus auf der Bekämpfung von Armut lag. Zudem richten sich die SDGs, anders als die MDGs, nicht nur an Entwicklungsländer, sondern auch an Schwellenländer und Industrienationen.

Damit setzen sie auch Maßstäbe für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2030. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Post-2015-Agenda im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen und die SDGs bei der Weiterentwicklung ihrer Nachhaltigkeitsziele und -indikatoren miteinzubeziehen. Dabei wird sie vom Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) unterstützt.

Der Zielkatalog, der auf einem Vorschlag basiert, den eine 30-köpfige Open Working Group (OWG) mit Mitgliedern aus verschiedenen Ländern erarbeitet hat, ist ambitioniert. Er umfasst insgesamt 17 SDGs mit 169 Unterzielen, die sich im weitesten Sinn den Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zuordnen lassen (Grafik 2). Unsere Einordnung verdeutlicht, dass es große inhaltliche Überschneidungen zwischen SDGs und den im KfW-Nachhaltigkeitsindikator abgebildeten Schlüsselthemen gibt. Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung, Energienutzung, Klimaschutz, Sicherheit und wirtschaftliche wie politische Teilhabe sind nur einige Beispiele für Nachhaltigkeitsaspekte, die im KfW-Nachhaltigkeitsindikator abgebildet werden und auch im Zielsystem der Vereinten Nationen Niederschlag finden. Da die SDGs jedoch als universelle Ziele für alle Länder formuliert sind, bilden sie auch Themen ab, die für Deutschland und andere Industrieländer weniger relevant sind. So dürfte beispielsweise die Beendigung von Hunger und Armut oder der Zugang zu Trinkwasser vor allem für Entwicklungsländer eine große Herausforderung sein. Dementsprechend sollen Regierungen nationale Zielvorgaben definieren, die sich an den SDGs als globaler Richtschnur orientieren, jedoch landesspezifische Bedingungen berücksichtigen.

Wenngleich eine Konkretisierung der SDGs und die Umsetzung in nationale Nachhaltigkeitsziele noch ausstehen, zeigt der KfW-Nachhaltigkeitsindikator, dass Deutschland in vielen von den Vereinten Nationen identifizierten Bereichen bereits auf einem guten Weg ist. Ein stabiles Wirtschaftswachstum, Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels sowie Erfolge bei den Schlüsselthemen Gesundheit, Gleichberechtigung und Sicherheit haben die

nachhaltige Entwicklung in Deutschland zuletzt vorangetrieben. Bei anderen Themen wie Investitionen, Innovationen, Energie oder Bildung besteht noch größerer Spielraum nach oben.



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf der Beschlussvorlage für die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2015, A/69/L.85.

## Grafik 2: SDGs – Vorschlag der OWG

Unumstritten sind die SDGs nicht. Einige Kritiker bemängeln die scheinbare Beliebigkeit des Zielkatalogs, das häufige Fehlen operationaler Indikatoren und die rechtliche Unverbindlichkeit (SDGs können nicht eingeklagt werden). Letztlich müssen sie aber als Ergebnis eines schwierigen Verhandlungsprozesses gesehen werden, in dem die Interessen von 193 Mitgliedsländern mit höchst unterschiedlichen nationalen Prioritäten austariert werden mussten. Die Erfahrungen mit den MDGs legen nahe, dass auch durch die SDGs eine signifikante Dynamik entstehen kann. Regierungen und öffentliche Institutionen, aber auch die Privatwirtschaft und letztlich jeder Einzelne werden in ihrem Handeln an den SDGs gemessen werden. Eine nachhaltigere Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, bei der Deutschland schon ein gutes Stück vorangekommen aber noch nicht am Ziel ist, kann durch die SDGs weltweit neuen Auftrieb erfahren. Nur dann lassen sich die Bedürfnisse der Menschen heute befriedigen und gleichzeitig die Chancen zukünftiger Generationen sichern – in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern.

## Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Das komplexe Leitbild der Nachhaltigkeit mit seinen drei Zieldimensionen einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Entwicklung bedarf einerseits einer Vereinfachung. Denn dies stärkt den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein und fördert den Dialog um die Realisierung. Andererseits müssen auch seine Einzelelemente abgebildet werden, um der Tatsache gerecht zu werden, dass Erfolge in einer Zieldimension nicht den Handlungsdruck in anderen Zieldimensionen mindern, die weniger positive Entwicklungen aufweisen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. 2007 erstmals veröffentlicht, gibt er jährlich Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

In die Konzeption des KfW-Nachhaltigkeitsindikators der KfW Bankengruppe fließen wissenschaftliche Erkenntnisse – auch ein gesondertes Gutachten – und Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis ein. Für die drei Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die Veränderungen in diesen Bereichen quantifizieren und die Entwicklung der Nachhaltigkeit im Zeitablauf messbar machen. Die für alle Basisindikatoren einheitliche Benchmark lautet, mindestens so gut zu sein wie im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr definiert ist.

Die Verdichtung der Einzelinformationen hin zu einem Gesamtwert des KfW-Indikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens mit einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und 2 als Maximalergebnis. Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die Benchmark übertroffen ( $0 < \text{Scorewert} \leq 1$ ) oder sogar stark übertroffen wird ( $1 < \text{Scorewert} \leq 2$ ), wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass die Benchmark verfehlt ( $-1 \leq \text{Scorewert} < 0$ ) oder sogar stark verfehlt ( $-2 \leq \text{Scorewert} < -1$ ) wurde.

Zur Ermittlung der Scores werden grundsätzlich die Werte der Basisindikatoren bis zum jeweiligen Berichtsjahr herangezogen. Endet eine Zeitreihe früher, wird hilfsweise der jeweils aktuellste verfügbare Wert herangezogen.

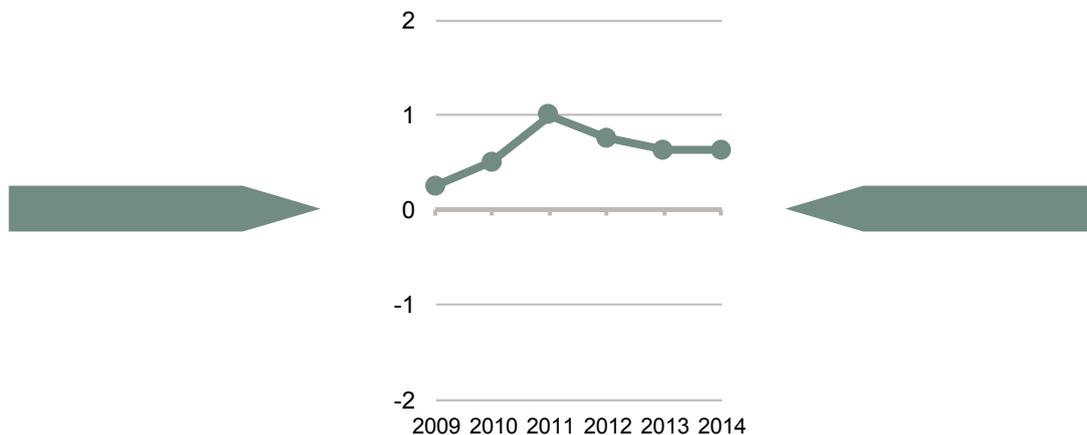
Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung werden in jedem Themenbereich gleich viele Schlüsselthemen und Basisindikatoren berücksichtigt.

Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind unter [www.kfw.de/nachhaltigkeitsindikator](http://www.kfw.de/nachhaltigkeitsindikator) abrufbar.

### 3. Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Erwerbsbeteiligung</b>						
Erwerbsquote	2	1	1	1	1	1
<b>Sachkapitalbildung</b>						
Nettoanlageinvestitionen	-2	-1	0	0	0	0
<b>Humankapitalbildung</b>						
Bildungsausgaben (VGR)	-2	2	2	2	1	1
<b>Innovationen</b>						
Forschungs- und Entwicklungsausgaben	2	2	2	2	2	2
<b>Materieller Wohlstand</b>						
Realer Konsum pro Kopf	0	0	2	0	-1	-1
<b>Freizeit</b>						
Freizeit pro Erwerbstätigem	2	1	1	1	1	1
<b>Staatsverschuldung</b>						
Staatsschuldenquote	-2	-2	-2	-2	-1	-1
<b>Privatverschuldung</b>						
Privatschuldenquote	2	1	2	2	2	2
<b>Wirtschaft insgesamt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>

#### Wirtschaft insgesamt



Quelle: KfW

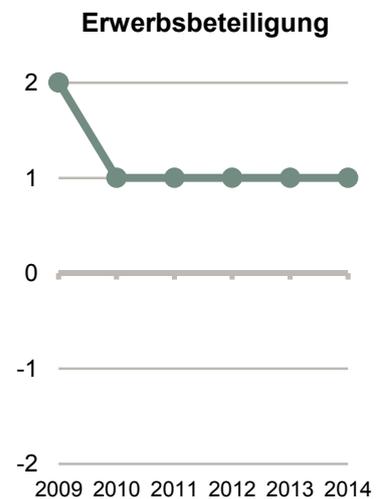
In der Nachhaltigkeitsdimension „Wirtschaft“ wurde 2014 bei anziehendem Realwachstum erneut ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielt. Mit 0,6 Punkten auf der fünfwertigen Skala von -2 bis 2 knüpft der Dimensionsscore an die positiven Werte aus den Vorjahren an. Doch nicht nur das Gesamtergebnis der Dimension Wirtschaft bleibt unverändert, auch alle acht Indikatoren werden mit genau dem gleichen Score bewertet wie im Jahr 2013. Bei fünf Schlüsselthemen – Erwerbsbeteiligung, Humankapitalbildung, Innovationen, Freizeit und

Privatverschuldung – ist die aktuelle Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit spürbar besser als im Zehnjahresvergleichszeitraum, wie an deren positiven Scores abzulesen ist. Zwei Schlüsselthemen – materieller Wohlstand und Staatsverschuldung – verfehlen hingegen nach wie vor das Anspruchsniveau.

### Erwerbsbeteiligung

Die arbeitenden Menschen produzieren die Güter und erzielen die Einkommen, von denen die gesamte Bevölkerung einschließlich Kindern, Rentnerinnen und Rentnern lebt. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sollte sich deshalb ein möglichst großer Bevölkerungsteil dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, damit das Individuum nicht überlastet wird.

Deutschland kann bei der ökonomischen Aktivierung seiner Bevölkerung beachtliche Erfolge vorweisen: Im Jahr 2014 klettert die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an den Einwohnern insgesamt, auf den neuen Spitzenwert von 54,2 %. Zu Zeiten der Wiedervereinigung lag sie trotz einer merklich günstigeren Altersstruktur der Bevölkerung rund 4 Prozentpunkte niedriger. Der Durchschnitt der Erwerbsquote in den vorangegangenen zehn Jahren (53,4 %) wird 2014 deutlich übertroffen, und dies obwohl dieser Vergleichsmaßstab aufgrund des anhaltend positiven Trends immer anspruchsvoller geworden ist. Die Erwerbsbeteiligung wird deshalb erneut mit dem Positivscore von 1 bewertet.



Zu diesem Erfolg beigetragen haben vor allem Frauen und ältere Menschen. Die Erwerbstätigenquote der Frauen in der Altersgruppe von 15 bis 64 Jahren hat sich in den zwanzig Jahren von 1992 bis 2012 (aktueller Datenrand) um 12 Prozentpunkte verbessert (Männer: +0,7 Prozentpunkte). Von den 60- bis 64-jährigen Personen war 2012 knapp die Hälfte (49,6 %) noch am Arbeitsmarkt aktiv. Dies entspricht einer Verdoppelung der altersspezifischen Erwerbsquote binnen zehn Jahren (2002: 25,1 %).

Beide Trends gilt es weiter zu festigen. Spätestens in den 2020er-Jahren, wenn die Zahl der Personen im Erwerbsalter in zunehmendem Tempo schrumpfen wird, können wir uns ökonomische und gesellschaftliche Hürden, die einer individuellen Erwerbsbeteiligung im Weg stehen, nicht mehr leisten. Insbesondere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wie etwa die qualifizierte frühkindliche Betreuung und die Ganztagschule – müssen weiter ganz oben auf der politischen Prioritätenliste stehen. Davon dürfte nicht nur die Erwerbsbeteiligung profitieren, sondern auch die Bereitschaft zu Mehrarbeit vieler bereits Erwerbstätiger. In der Arbeitskräfteerhebung 2014 gaben fast 3 Millionen Erwerbstätige an,

dass sie gerne länger arbeiten würden, sofern die Rahmenbedingungen dies zuließen. Besonders hoch ist die Bereitschaft in der Gruppe der teilzeitbeschäftigten Frauen. Destatis schätzt das Nettopotenzial der gewünschten Mehrarbeit – unter Berücksichtigung der Wünsche zu weniger Arbeitszeit – rein rechnerisch auf rund 566.000 Vollzeitstellen.

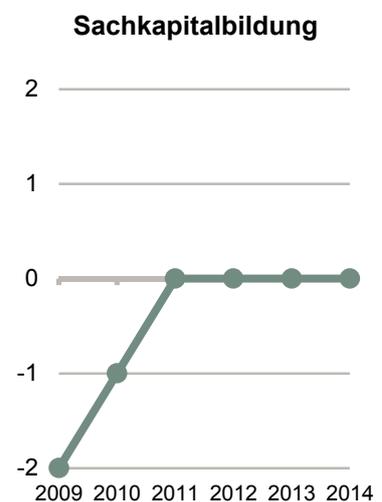
Hinsichtlich der weiteren Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer Personen gilt es, die Arbeitswelt frühzeitig an die Bedürfnisse und Fähigkeiten alternder Belegschaften anzupassen und die Anreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben weiter zu verringern. Eine unmittelbare Lösung, die zudem die Sozialbeiträge stabil hielte, wäre das Auslaufen der Rente mit 63 ab dem Jahr 2020. Auch auf Unternehmensebene kann die Partizipation älterer Arbeitnehmer gestärkt werden, beispielsweise durch altersgerechte Qualifizierungsmaßnahmen und ein betriebliches Gesundheitsmanagement.

### Sachkapitalbildung

Eine Gesellschaft investiert nachhaltig, wenn die aktuelle Generation den übernommenen Kapitalstock nicht verzehrt, sondern ihn pflegt, modernisiert und möglichst ausbaut, bevor sie ihn irgendwann an die kommende Generation übergibt. Diese Grundregel hat vor allem der deutsche Staat seit der Jahrtausendwende zunehmend vernachlässigt: Von 2003 bis 2013 summieren sich die staatlichen Nettoinvestitionen in die Infrastruktur auf -55 Mrd. EUR, das heißt die Bruttoinvestitionen bleiben um diesen Betrag hinter den Abschreibungen, also dem kalkulatorischen Verschleiß der Straßen, Brücken, Tunnel und öffentlichen Gebäude zurück. Kurz: Wir leben von

der Substanz. Besonders gravierend ist der Investitionsrückstand auf Ebene der Gemeinden, für die das KfW-Kommunalpanel 2015 einen wahrgenommenen Investitionsrückstand von inzwischen 132 Mrd. EUR konstatiert. Doch nicht nur die öffentlichen Investitionen sind schwach, auch die Unternehmensinvestitionen haben sich in Relation zum BIP seit dem Krisenjahr 2009 kaum erholt; in Teilen der Industrie sinkt der Kapitalstock sogar. Laut KfW-Mittelstandspanels sind es vor allem die großen Firmen, die weniger investieren als sie abschreiben. Das DIW schätzt, dass andere Industrieländer bei vergleichbaren Strukturmerkmalen wie Reifegrad der Volkswirtschaft oder Industrieanteil rund 3 % mehr ihres BIP investieren als Deutschland.

Im Jahr 2014 investierten Staat, Unternehmen und Private Haushalte zusammen netto 2,4 % des BIP in den Sachkapitalstock (Nettoinvestitionsquote). Formal genügt dies zwar, um der nach vielen Jahren der Investitionsschwäche völlig anspruchslosen Benchmark zu genügen, die 2014 bei rekordniedrigen 2,2 % liegt (Score 0). Der vergangene Verfall der



Investitionsquote macht den Zehnjahresdurchschnitt in diesem Fall aber zu einem unzureichenden Richtwert für ein angemessenes Investitionsniveau. Weder an historische noch an internationale Standards reicht Deutschland inzwischen auch nur annähernd heran. Sowohl in Westdeutschland während der 1980er-Jahre wie auch im Durchschnitt der anderen G7-Länder von 2000 bis Krisenausbruch 2008 betrug die Nettoinvestitionsquote mit gut 6 % rund das Zweieinhalbfache des aktuellen deutschen Werts.

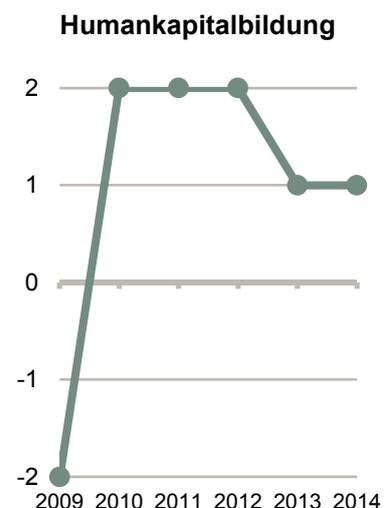
Die leichte Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionsquote gegenüber dem Vorjahr (2013: 1,9 %) ist deswegen nur ein allererster Schritt in die richtige Richtung. Um angemessen auf die demografischen Herausforderungen zu reagieren, muss Deutschland Investitionsschwerpunkte insbesondere bei den produktivitätssteigernden Wachstumstreibern setzen, vor allem dem Verkehr, der Energie, dem schnellen Internet, Forschung und Entwicklung, Innovationen sowie Bildung. Inländische Ersparnis zur Finanzierung dieser Investitionen ist mehr als reichlich vorhanden, wie der persistent hohe Leistungsbilanzüberschuss von zuletzt rund 8 % des BIP zeigt. Dieser hat letztendlich dazu geführt, dass Deutschland seit dem vergangenen Jahr im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte von der EU formal überwacht wird.

Dabei ist es durchaus angemessen, wenn der Staat bei den Investitionen „in Vorleistung“ geht. Modellanalysen des IWF kommen zu dem Ergebnis, dass eine um 1 Prozentpunkt höhere Investitionsquote das BIP langfristig im Mittel um 1,5 % erhöht – wobei bei verhaltener Konjunktur, expansiver Geldpolitik und effizienten Projekten besonders starke Effekte zu erwarten sind. Aktuelle Politikinitiativen wie der Kommunalinvestitionsförderfonds sind deshalb sehr zu begrüßen.

### Humankapitalbildung

In einem Land wie Deutschland, das über keine nennenswerten Rohstoffe verfügt und dessen Wirtschaft vor allem von den Talenten seiner Einwohner profitiert, sind gerade unter der Nachhaltigkeitsperspektive nicht nur die Investitionen in den Sachkapitalstock wichtig, sondern auch die Akkumulation von Wissen – umso mehr angesichts der absehbaren Bevölkerungsalterung, die den verbleibenden Erwerbstätigen eine immer höhere Produktivität abverlangt.

In der Abgrenzung der VGR wird zwar nur ein Teil der Bildungsausgaben formal als Investition klassifiziert, wie etwa die Errichtung neuer staatlicher Schulgebäude. Erhebliche Anteile werden dagegen beim Konsum des Staates (wie Gehälter für das Lehrpersonal) und der Privaten Haushalte (sämtliche privaten Ausgaben für Bildungszwecke) nachgewiesen.



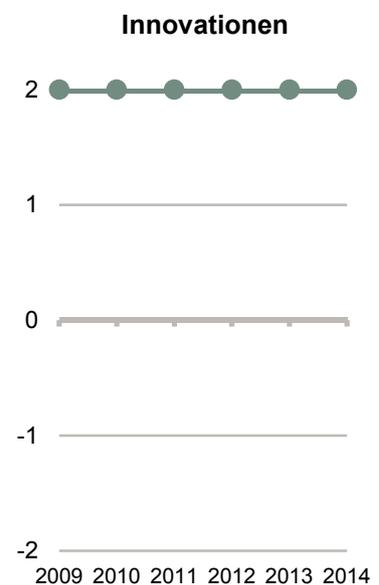
Doch auch diese Ausgaben dienen dem Aufbau von Humankapital und haben damit im Kern investiven Charakter. Die privaten Ausgaben für das Bildungswesen erhöhen sich am aktuellen Datenrand (2013) um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr auf 11,7 Mrd. EUR, während die staatlichen Bildungsausgaben sogar um 3,2 % auf 120,8 Mrd. EUR wachsen. Zusammen genommen steigen die privaten und staatlichen Bildungsausgaben in Relation zum BIP 2013 auf 4,71 %, nach einem Wert von 4,67 % im Jahr 2012. Damit ist der Score zum fünften Mal in Folge positiv (Score 1).

Doch nicht nur im Zeitablauf und in Relation zur Wirtschaftsleistung steigen die finanziellen Anstrengungen im Bildungsbereich, ihre höhere Priorisierung kommt auch in den langjährigen Anteilszuwächsen relativ zu den Gesamtausgaben von Staat und Haushalten zum Ausdruck. 1991 verwendete der Staat 8,5 % seiner Gesamtausgaben für Bildungszwecke, inzwischen sind es 9,7 %. Die Privaten Haushalte verausgaben aktuell 0,8 % ihres Konsumbudgets dafür, 1991 waren es lediglich knapp 0,5 %. Diese Entwicklung ist richtig und wichtig – doch darf dabei nicht vergessen werden, dass für die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems neben dem (breit verstandenen) Investitionsvolumen auch zählt, wofür genau und wie effektiv dieses Geld eingesetzt wird. Besonders hoch sind die Renditen von Bildungsinvestitionen im frühkindlichen Bereich sowie bei der frühen, gezielten Förderung von Kindern mit Sprach- und Lernschwierigkeiten.

### Innovationen

Innovationen und technischer Fortschritt sind eine zentrale Quelle langfristigen Wachstums. Sie verbessern den Ressourceneinsatz in einer Volkswirtschaft, beschleunigen den strukturellen Wandel und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten. Mit einem Wert von 2,85 % des BIP am aktuellen Datenrand (2013) liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) ungefähr auf dem Vorjahresniveau. Zum sechsten Mal in Folge wird damit der Maximalscore von 2 erreicht. Dahinter steht, dass die deutsche FuE-Quote im zurückliegenden Jahrzehnt in zwei Schüben (2007–2009 und 2010–2013) deutlich angestiegen ist. Der Zehnjahresdurchschnitt (2,60 %) als Referenzgröße ist hingegen noch stark von den zuvor beobachteten, niedrigeren Werten geprägt.

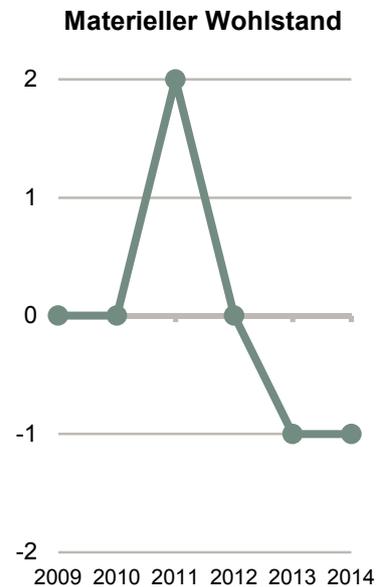
Die im Lissabon-Prozess festgelegte Zielmarke von 3 % wird aktuell nahezu erreicht – trotz der im September 2014 umgesetzten neuen Berechnungsmethodik in den VGR, die zu einer spürbaren Anhebung des BIP-Niveaus über die gesamte Zeitreihe geführt hat. Da die meisten OECD-Länder ambitionierte FuE-Ziele verfolgen, dürfen wir uns darauf jedoch nicht ausruhen. Aktuell zeigen die weltweiten Anstrengungen um die Vorreiterrolle bei der



Realisierung von Industrie 4.0, dass auch angestammte Stärken – wie die breite, forschungsstarke industrielle Basis in Deutschland – durch neue technologische Entwicklungen in Frage gestellt werden können.

### Materieller Wohlstand

Eine qualitativ wachsende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist für eine nachhaltige Verbesserung des materiellen Lebensstandards entscheidend – denn der Konsum steht im Zentrum ökonomischen Handelns. Der preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Konsum pro Einwohner wächst 2014 mit 0,8 % etwas schneller als 2013 (0,6 %), verfehlt jedoch den Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre weiterhin knapp (Score -1). Zwar verzeichnet der reale Konsum insgesamt mit 1,1 % das stärkste Wachstum seit 2011. Da jedoch auch die Bevölkerungszahl dank der kräftigen Nettozuwanderung mit 0,3 % merklich zunimmt, verteilt sich der Konsum auf mehr Köpfe. Angesichts der anhaltend guten Arbeitsmarktentwicklung und spürbaren Lohnanstiegen bei gleichzeitig niedrigen Inflationsraten ist damit zu rechnen, dass sich der Indikator für den materiellen Wohlstand im Jahr 2015 wieder erholt.

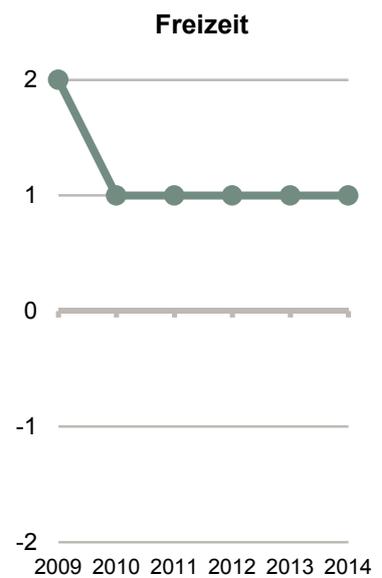


Hinsichtlich der Zusammensetzung des privaten Konsums haben über das zurückliegende Vierteljahrhundert insbesondere die Dienstleistungen an Bedeutung gewonnen. Hierauf entfällt mittlerweile etwas mehr als die Hälfte (50,7 %) aller Ausgaben und damit fast 9 Prozentpunkte mehr als 1991. Insbesondere für das Wohnen geben die privaten Haushalte heutzutage deutlich mehr aus (2014: 24,2 % der privaten Konsumausgaben; 1991: 19,1 %). Demgegenüber nehmen die Nahrungsmittel aktuell einen erheblich kleineren Teil des Konsumbudgets in Anspruch (2014: 10,5 %; 1991: 13,4 %).

### Freizeit

Die Versorgung mit materiellen Gütern steht im Zielkonflikt mit der Verfügbarkeit eines immateriellen Gutes, das die Menschen wegen seiner positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität schätzen: der Freizeit. Die Freizeit, deren jährliche Entwicklung hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit recht grob als „Nichtarbeitszeit“ (Jahresstundenzahl abzüglich der Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigem) angenähert wird, verringert sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um knapp 9 Stunden auf 7.389 Stunden. Die Benchmark, die 2014 bei 7.362 Stunden liegt, wird dennoch übertroffen. Dies führt erneut zu einem Positivscore von 1.

Ein erheblicher Teil der Nichtarbeitszeit wird von den Notwendigkeiten des Lebens beansprucht. Ausweislich der jüngsten Zeitverwendungserhebung von Destatis für die Jahre 2012/2013 verwenden die Menschen im Tagesdurchschnitt etwas mehr als 11 Stunden für den persönlichen Bereich sowie die physiologische Regeneration – dazu zählen Schlafen, Essen, Trinken, Waschen und Ankleiden. Der hierfür verwendete Anteil am Zeitbudget ist seit Langem stabil. Ein weiterer großer Block ist die unbezahlte Arbeit, zu der Haushaltsführung und Betreuung der Familie, Ehrenamt, freiwilliges Engagement sowie die Unterstützung anderer Haushalte zählen. Die unbezahlte Arbeit beansprucht aktuell im Durchschnitt

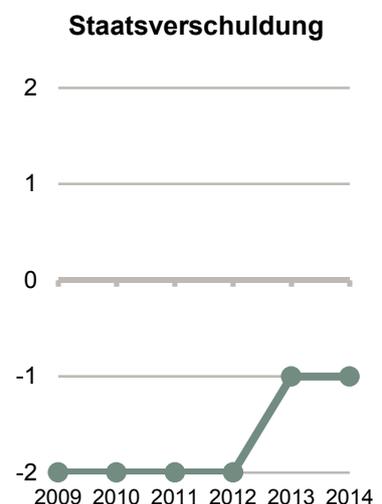


3 Stunden und 48 Minuten pro Tag; das sind 20 Minuten weniger als gut zehn Jahre zuvor (2001/2002). Unbezahlte Arbeit und Erwerbsarbeit zusammen genommen arbeiten Frauen mit 6 Stunden und 19 Minuten pro Tag eine viertel Stunde länger als Männer. Erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es nach wie vor bei der Aufteilung: Frauen leisten zwei Drittel ihrer Arbeit unbezahlt, Männer mit 45 % weniger als die Hälfte. Für die Freizeit im engeren Sinn – wie soziales Leben, Sport, Hobbies, Spielen und Mediennutzung – haben die Menschen aktuell pro Tag 5 Stunden und 52 Minuten zur Verfügung.

### Staatsverschuldung

Eine langfristig tragbare Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte ist ein zentrales Ziel der EU. Sie ist nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft essenziell, sondern schützt demokratische Gesellschaften auch vor dem Risiko schwerer sozialer Verwerfungen, wie uns die aktuelle Krise in Griechenland drastisch vor Augen führt.

Nachhaltig ist die Staatsverschuldung, wenn die auf das BIP bezogenen Bruttostaatsschulden langfristig mindestens stabil bleiben oder sogar sinken. Die deutsche Bruttostaatsschuldenquote fällt 2014 um 2,4 Prozentpunkte auf 74,7 % des BIP. Sowohl der Maastricht-Referenzwert von 60 % als auch der Durchschnitt der Bruttostaatsschuldenquote in den vorangegangenen zehn Jahren (71,5 %), werden aber immer noch verfehlt (Score -1).



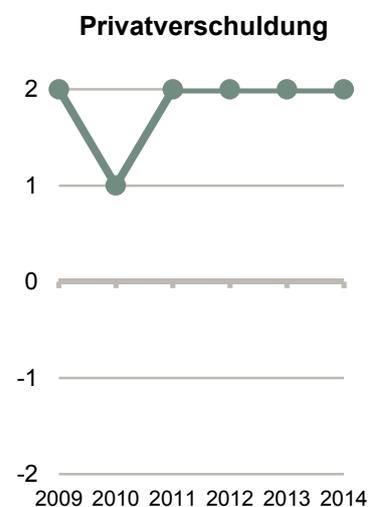
Die Aussichten sind jedoch gut. Das Bundesministerium der Finanzen erwartet im aktuellen deutschen Stabilitätsprogramm, dass die Staatsschuldenquote bereits 2015 auf 71,5 % und bis 2019 auf 61,5 % fällt. Dies wäre nicht nur gemessen an internationalen Standards ein

beeindruckendes Ergebnis. Die Referenzwerte aus den nationalen und europäischen Haushaltsregeln – Schuldenbremse und verschärfter Stabilitäts- und Wachstumspakt – würden mit einigem Abstand übererfüllt. Selbst für den Fall, dass sich die Konjunktur im Prognosezeitraum (2015–2019) durchgängig erheblich schlechter entwickeln sollte als erwartet, zeigt die Sensitivitätsanalyse im Stabilitätsprogramm, dass das Staatsdefizit in keinem Jahr über  $\frac{3}{4}$  % des BIP hinausgehen würde – das Risiko einer Verletzung des Maastrichter Dreiprozentkriteriums für das maximal tolerierbare Defizit ist also minimal.

Insofern darf man die deutschen Staatsfinanzen trotz der langjährig negativen Scores als gut bezeichnen. Dies gilt insbesondere, weil die Zinsbelastung 2014 aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus in Deutschland nur 3,9 % der Staatseinnahmen ausmacht und damit ein neues gesamtdeutsches Tief erreicht. Zugleich ist der Sicherheitsabstand zu den nationalen und europäischen Vorgaben, wie er symbolisch in der „schwarzen Null“ für das Teilbudget des Bundes zum Ausdruck kommt, enorm. Rein rechnerisch könnte der Gesamtstaat von 2016 bis 2019 bis zu 120 Mrd. EUR mehr verausgaben als im Stabilitätsprogramm eingeplant, ohne die Verschuldungsregeln zu verletzen. Dies schafft erheblichen Spielraum für dringend benötigte und nun endlich in Angriff genommene Infrastrukturinvestitionen.

### Privatverschuldung

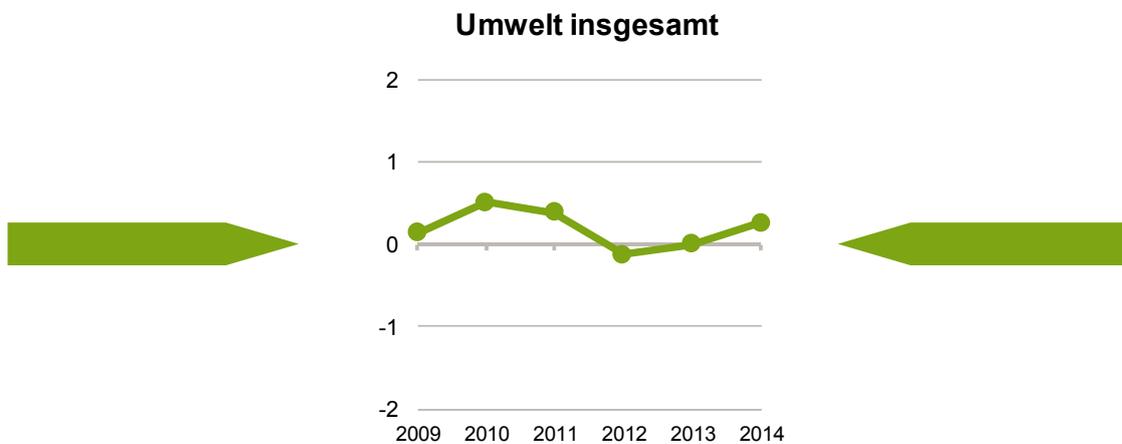
Private Verschuldung kann auf individueller Ebene zu einem massiven Problem werden: Überschuldete Personen, die 2014 eine Beratungsstelle in Anspruch genommen haben, waren im Schnitt mit dem 34-fachen ihres Monatseinkommens überschuldet. In fast der Hälfte der Fälle (44 %) sind Schicksalsschläge wie Arbeitslosigkeit, Trennung oder Krankheit die Auslöser für diese Situation. Dass eine übermäßig starke Verschuldung Privater Haushalte und Firmen jedoch auch ein makroökonomisch relevantes Risiko darstellen kann, ist mit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 besonders deutlich geworden.



Erfreulicherweise gibt die Privatverschuldung hier zu Lande zumindest makroökonomisch keinen Anlass zu Besorgnis. So summieren sich die konsolidierten Schulden der Privaten Haushalte, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der nichtfinanziellen Unternehmen am aktuellen Datenrand (2013) auf 103,5 % des BIP. Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1995 und reicht erneut für den Maximalscore von 2. Auch im europäischen Vergleich ist die deutsche Privatverschuldung gering. In den anderen 27 EU-Ländern liegt sie im Schnitt bei 154 % der jeweiligen Wirtschaftsleistung.

#### 4. Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Klimaschutz</b>						
Treibhausgasemissionen	2	-2	1	-1	-2	2
<b>Erneuerbare Energien</b>						
Anteil Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch	-2	1	0	1	0	-1
<b>Energienutzung</b>						
Energieproduktivität	-1	-1	2	0	-2	2
<b>Rohstoffnutzung</b>						
Rohstoffproduktivität	0	1	-1	-2	1	-1
<b>Flächennutzung</b>						
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2	2	2	2	2	2
<b>Luftschadstoffemissionen</b>						
Emission ausgewählter Luftschadstoffe	-1	2	-2	-1	1	-1
<b>Lärm</b>						
Lärmbelästigung durch Straßenverkehr	2	2	2	2	2	1
<b>Artenvielfalt</b>						
Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität	-1	-1	-1	-2	-2	-2
<b>Umwelt insgesamt</b>	<b>0,1</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>

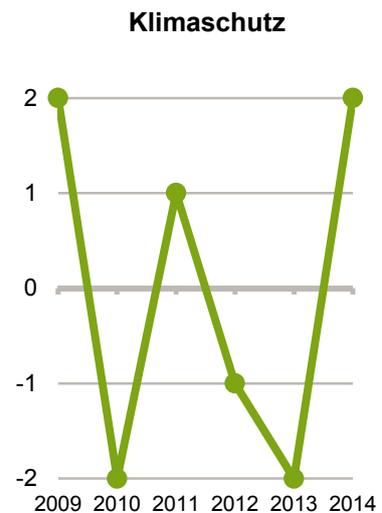


Quelle: KfW

Die Nachhaltigkeitsdimension „Umwelt“ entwickelt sich am aktuellen Rand positiv. Der Score stieg von 0,0 im Jahr 2013 auf 0,3 im Jahr 2014, was im Mittel eine leichte Übererfüllung der vergangenheitsorientierten Benchmark anzeigt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf Fortschritte im Klimaschutz und die Steigerung der Energieeffizienz. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität ist dagegen leicht zurückgegangen. Dämpfend auf das Ergebnis wirkte sich insbesondere auch der Anstieg der Luftschadstoffemissionen aus.

## Klimaschutz

Im Jahr 2014 sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland erstmals seit drei Jahren wieder kräftig gesunken. Gemäß den vorliegenden, vorläufigen Daten des Umweltbundesamtes ist der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase in Deutschland im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % zurückgegangen. Damit liegt die Veränderungsrate der Treibhausgasemissionen deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-0,8 %), weshalb das Ergebnis mit dem Maximalscore von 2 bewertet wurde. Ein Großteil des Rückgangs der Treibhausgasemissionen ist auf die gegenüber dem Vorjahr erheblich mildere



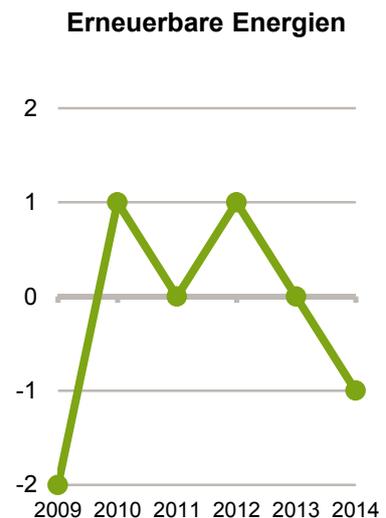
Witterung und den damit verbundenen geringeren Heizenergiebedarf zurückzuführen. 2014 war für Deutschland das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen im Jahr 1881. Ein Teil der im Jahr 2014 erzielten Emissionsminderung ist allerdings auch echten Fortschritten beim Klimaschutz zuzuschreiben, wie z. B. der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor und die deutlich gestiegene temperaturbereinigte Energieproduktivität.

Insgesamt sind die jährlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2014 nach den vorläufigen Daten um 27 % zurückgegangen. Projektionen aus dem letzten Jahr hatten ergeben, dass ohne weitere Anstrengungen das von der Bundesregierung festgelegte Treibhausgasminderungsziel – Senkung der jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – deutlich verfehlt wird (berechnete Klimaschutz-Lücke von 5 bis 8 Prozentpunkten). Vor diesem Hintergrund sind die von der Bundesregierung im Dezember 2014 im „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und im „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen mit großer Dringlichkeit umzusetzen. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei den Emissionen aus der Kohleverstromung und im Verkehrssektor sowie bei der weiteren Steigerung der Energieeffizienz.

## Erneuerbare Energien

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Bruttoendenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) in Deutschland ist im Jahr 2013 (aktueller Datenrand) um 0,2 Prozentpunkte auf 12,4 % gestiegen. Die dynamische Entwicklung der Vorjahre konnte damit 2013 nicht fortgesetzt werden, sodass dieses Schlüsselthema im Berichtsjahr mit dem Negativscore -1 bewertet wurde. Für das Jahr 2014 lagen bei Redaktionsschluss nur Daten für den Anteil der Erneuerbaren Energie in den jeweiligen Teilsektoren Strom, Wärme und Verkehr vor, Daten zum Anteil am gesamten Bruttoendenergieverbrauch waren noch nicht verfügbar.

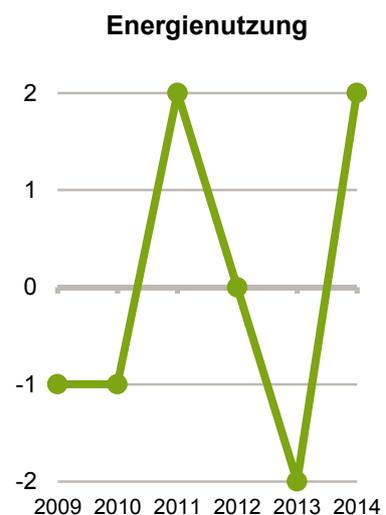
Im Jahr 2014 konnte der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor weiter vorangetrieben werden: Der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch stieg deutlich um 2,4 Prozentpunkte auf 27,8 %. Der größte Zuwachs bei der regenerativen Stromerzeugung war bei der Windenergie zu verzeichnen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Wärmeverbrauch stagnierte dagegen und erreichte wie schon im Vorjahr einen Wert von 9,9 %. Aufgrund des gestiegenen Energieverbrauchs im Verkehrssektor ging der Anteil der Erneuerbaren Energien in diesem Segment von 5,5 auf 5,4 % zurück.



Deutschland hat sich auf europäischer Ebene dazu verpflichtet, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % zu steigern. Eine von der EU-Kommission finanzierte Studie kam jüngst zu dem Ergebnis, dass bei Fortschreibung des jetzigen Ausbautempos das nationale Ausbauziel verfehlt werde. Die Studie erwartet für Deutschland im Jahr 2020 einen Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch von höchstens 17,3 %. Zwar werden sich die Erneuerbare Energien im Stromsektor weiterhin positiv entwickeln, gemäß Prognose der Untersuchung reichen allerdings diese Zuwächse nicht für einen Ausgleich des mangelnden Wachstums im Wärme- und Mobilitätssektor aus. Zusätzlicher Handlungsbedarf besteht damit insbesondere in den beiden letztgenannten Sektoren.

### Energienutzung

Das Schlüsselthema Energienutzung mit dem Basisindikator Energieproduktivität – als Indikator für den effizienten Umgang mit Energie – hat sich im Jahr 2014 sehr positiv entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr gewann der Score vier Zähler und erreichte den Maximalscore von 2. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland (ausgedrückt als Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von Primärenergie) hat sich im Jahr 2014 um 6,7 % sprunghaft gegenüber dem Vorjahr verbessert und lag mit dieser Entwicklung deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+1,9 %). Den stärksten Einfluss auf die deutlich gestiegene Energieproduktivität hatte die im Vergleich zu 2013 erheblich mildere Witterung, die zu einer deutlichen Reduzierung des Wärmebedarfs führte. Aber auch temperaturbereinigt war die Steigerung der Energieproduktivität mit nahezu 3 %



Den stärksten Einfluss auf die deutlich gestiegene Energieproduktivität hatte die im Vergleich zu 2013 erheblich mildere Witterung, die zu einer deutlichen Reduzierung des Wärmebedarfs führte. Aber auch temperaturbereinigt war die Steigerung der Energieproduktivität mit nahezu 3 %

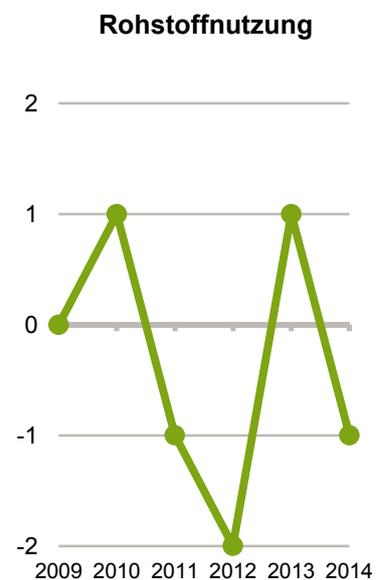
beachtlich. Bereits eingeführte politische Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz scheinen hier ihre Wirkung zu entfalten.

Allerdings reicht das bisherige Tempo der Verbesserung der Energieeffizienz nicht aus, um den in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Zielwert der Verdopplung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu erreichen. Zwischen 1990 und 2014 konnte die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland um rund 56 % erhöht werden. Zur Erreichung des Zielwertes der Bundesregierung wäre im verbleibenden Zeitraum eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 4,2 % erforderlich. Zum Vergleich: In den letzten fünf Jahren lag die durchschnittliche Erhöhung mit 2,7 % pro Jahr deutlich darunter. Es sind also weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich.

### Rohstoffnutzung

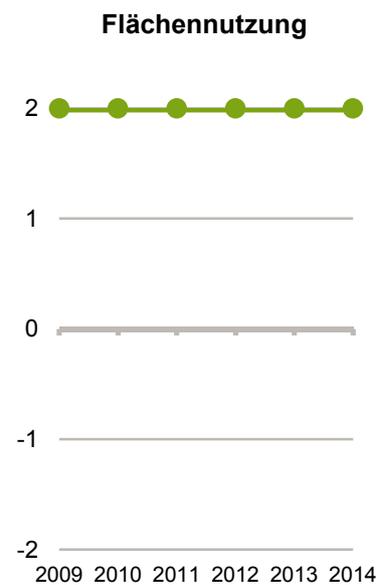
Der Score für das Schlüsselthema effiziente Rohstoffnutzung, welches durch die Rohstoffproduktivität abgebildet wird, hat sich gegenüber dem Vorjahr um zwei Zähler auf den Wert von -1 verschlechtert. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland – ausgedrückt als Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial – ging im Jahr 2013 (aktueller Datenrand) im Vergleich zum Vorjahr zwar nur leicht um 0,5 % zurück, gemessen an der historischen Benchmark (Verbesserung um 1,4 % pro Jahr) hat der Basisindikator sich damit aber unterdurchschnittlich entwickelt.

Zwischen 1994 bis 2013 erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland um insgesamt 48 %. Diese Verbesserung ist vor allem auf den rückläufigen Einsatz von Baurohstoffen zurückzuführen. Wie bei der Energieproduktivität ist auch bei der effizienten Rohstoffnutzung feststellbar, dass eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungstempos der Produktivitätssteigerung nicht ausreichen würde, um die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie fixierte Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu erreichen. In den letzten fünf Jahren ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt um 0,9 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Ziels bis 2020 eine durchschnittliche Verbesserung von inzwischen 4,4 % pro Jahr erforderlich wäre.



## Flächennutzung

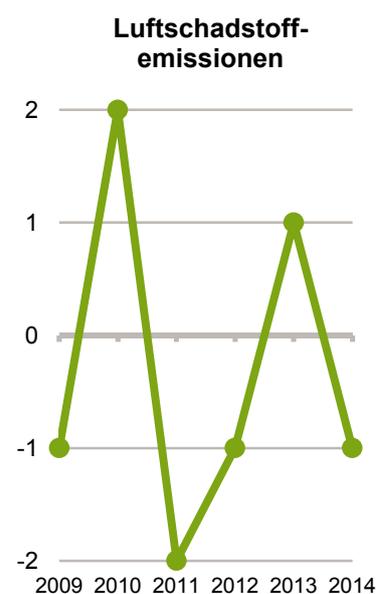
Der stetige Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Umwelt. Zu nennen wären hier beispielsweise der Verlust natürlicher Bodenfunktionen durch Versiegelung sowie der Rückgang naturnaher Flächen mit ihrer Arten- und Biotopvielfalt. Eine nachhaltige Flächennutzung zielt sowohl auf eine Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme als auch auf eine Aufwertung von Flächen in ökologischer Hinsicht ab. Der gleitende Vierjahresdurchschnitt neu in Anspruch genommener Flächen für Siedlung und Verkehr sank in Deutschland im Jahr 2013 (aktueller Datenrand) um 1 ha auf durchschnittlich 73 h pro Tag, dies entspricht rechnerisch einer täglichen Zunahme von etwa 104 Fußballfeldern. Damit setzte sich der abnehmende Trend des Zuwachses der letzten Jahre weiter fort. Gemessen an der Benchmark des Zehnjahresdurchschnitts (101 ha pro Tag) erzielte dieser Basisindikator wie schon in den Vorjahren den Maximalscore von 2.



Trotz des abnehmenden Trends der Flächeninanspruchnahme ist festzustellen, dass Deutschland noch weit entfernt von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Ziel ist, bis 2020 den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.

## Luftschadstoffemissionen

Fortschritte bei der Luftqualität werden anhand der Emissionsentwicklung bei den klassischen Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub (PM 10) gemessen. Nachdem im Jahr 2012 im Durchschnitt ein deutlicher Rückgang bei den betrachteten Schadstoffemissionen in Deutschland zu verzeichnen war (-4,2 %), stiegen im Jahr 2013 (aktueller Datenrand) die Emissionen mit einem Plus von 0,9 % wieder leicht an. Verglichen mit der durchschnittlichen Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre (-2 %) verschlechterte sich damit der Score für das Schlüsselthema Luftschadstoffemissionen im Berichtsjahr um zwei Zähler auf einen Wert von -1. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis im

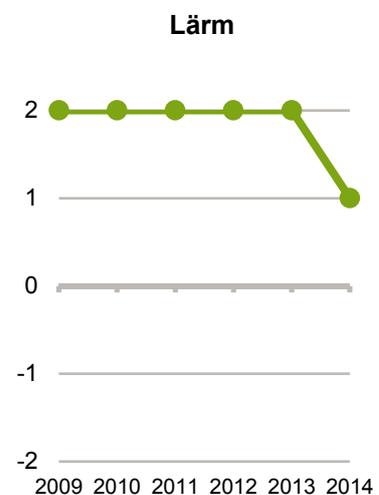


Wesentlichen auf die Ammoniakemissionen, die im Jahr 2013 deutlich um 2,4 % zugenommen haben.

Zwischen 1995 und 2013 konnte insgesamt ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schadstoffemissionen um 40 % erreicht werden, wobei in den letzten Jahren die Minderungserfolge deutlich geringer wurden. Die einzelnen Emissionsarten trugen in unterschiedlichem Ausmaß zu der bereits erzielten Emissionsminderung bei. Am stärksten konnten die Schwefeldioxidemissionen mit 76 % reduziert werden, gefolgt von Kohlenmonoxid mit 52 %, den flüchtigen organischen Verbindungen mit 44 %, den Stickstoffoxiden mit 42 % und den Feinstaubemissionen mit 27 %. Lediglich geringe Minderungen in Höhe von 1 % konnten bei den Ammoniakemissionen erzielt werden. Großer Handlungsbedarf für die weitere Reduzierung der Luftschadstoffbelastung besteht insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen – hier vor allem durch Stickstoffoxid- und Ammoniakemissionen – sowie für die gesundheitsgefährdenden Feinstaubemissionen. Während Ammoniakemissionen vornehmlich in der Landwirtschaft anfallen, sind als Hauptquellen für Stickstoffoxid- und Feinstaubbelastungen vor allem der Straßenverkehr sowie Verbrennungsprozesse in Industrie, Energiewirtschaft und Haushalten zu nennen.

### Lärm

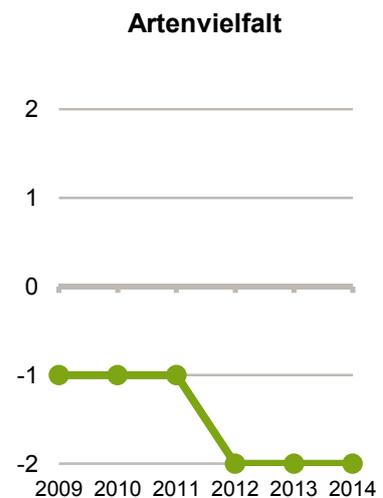
Ruhe ist ein Grundbedürfnis der Menschen und ist im Hinblick auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse ein Kriterium für Lebensqualität. Es ist inzwischen unbestritten, dass Lärmbelastungen zu einer Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit führen können. Das Schlüsselthema Lärm wird hier durch den Anteil der Bevölkerung, der bei einer Befragung des Umweltbundesamtes angibt, von Straßenlärm belästigt zu werden, abgebildet. Der Straßenverkehr ist die dominierende Lärmquelle in Deutschland. Wie schon 2012 gaben 2014 mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) an, sich durch Straßenverkehrslärm gestört oder belästigt zu fühlen. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre liegt der Anteil damit noch unter dem Durchschnitt (58 %), sodass dieser Basisindikator mit dem Score von 1 bewertet wurde (-1 Zähler gegenüber dem Vorjahr).



An zweiter Stelle der in der Bevölkerung am stärksten wahrgenommenen Lärmbelästigung steht der Lärm aus der direkten Nachbarschaft. Vierzig Prozent der Befragten fühlen sich dadurch beeinträchtigt. Jeweils etwas mehr als ein Fünftel fühlt sich durch den Flugverkehr sowie Industrie und Gewerbe und 17 % durch Schienenverkehrslärm gestört.

### Artenvielfalt

Der Basisindikator für Artenvielfalt beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 51 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für diese Vogelarten ein auf 100 % normierter Bestandszielwert für das Jahr 2015 festgelegt. Im Jahr 2011 (aktueller Datenrand) lag der entsprechende Gesamtindikator bei 63,4 % des Zielwerts für 2015. Mit diesem Ergebnis lag der Indikator deutlich unterhalb des Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre (70,1 %), sodass der Score für das Schlüsselthema Artenvielfalt wie schon im Vorjahr nur den Minimal score von -2 erreichte.

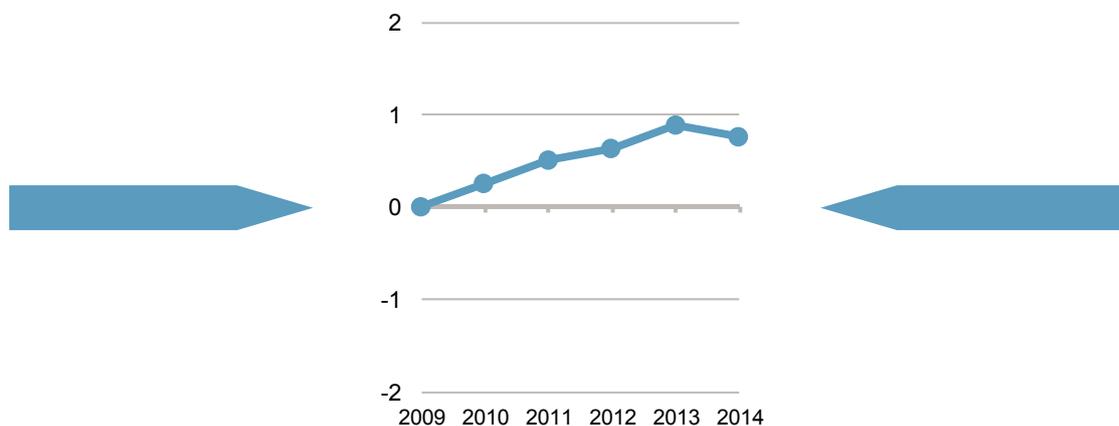


Nach wie vor sind große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig. Eine Erreichung des Vogelbestandszielwerts im Jahr 2015 ist inzwischen nicht mehr als realistisch anzusehen. Über die letzten zwölf Jahre nahmen 34 % der Brutvogelarten in Deutschland in ihrem Bestand ab. Über 23 % der Zugvogelarten sind bestandsgefährdet und stehen auf der Roten Liste der wandernden Vogelarten. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft, die Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie Schadstoffeinträge.

## 5. Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Bildung</b>						
Niedrigqualifiziertenquote	2	2	0	2	1	0
<b>Wirtschaftliche Teilhabe</b>						
Langzeitarbeitslosenquote	2	2	2	2	2	1
<b>Politische Teilhabe</b>						
Interesse für Politik	-1	-2	0	1	1	0
<b>Gesundheit</b>						
Krankheitsfälle im Krankenhaus	-1	-1	-1	-1	-1	1
<b>Sicherheit</b>						
Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl	-1	-1	-1	-2	1	1
<b>Gleichberechtigung</b>						
Verdienstrückstand von Frauen	-1	1	1	1	1	1
<b>Integration</b>						
Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer / Gesamt	-1	-1	1	1	1	1
<b>Internationale Verantwortung</b>						
Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	1	2	2	1	1	1
<b>Gesellschaftl. Zusammenhalt insg.</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>

### Gesellschaftlicher Zusammenhalt insgesamt



Quelle: KfW

In der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ wird auch 2014 mit einem Score von 0,8 ein gutes Ergebnis erzielt. Damit setzt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Besonders erfreulich ist die positive Entwicklung beim Schlüsselthema Gesundheit. Zum ersten Mal seit 2006 ist ein Rückgang der Krankheitsfälle zu beobachten. Im Bereich Bildung sowie bei den Schlüsselthemen wirtschaftliche und politische Teilhabe zeigen sich dagegen im Vergleich zu den Vorjahren keine ausgeprägten Verbesserungen.

## Bildung

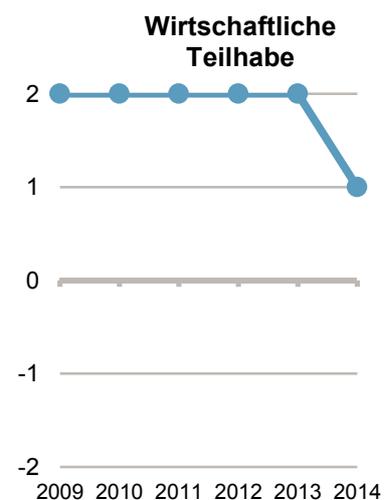
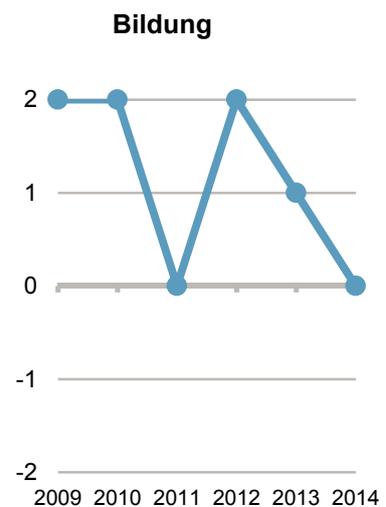
Als Basisindikator für das Schlüsselthema Bildung dient der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss an den 25- bis unter 30-Jährigen. Am aktuellen Datenrand (2013) liegt diese Niedrigqualifiziertenquote mit 23,6 % um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Ausdruck dieser Stagnation ist ein Score von 0.

Es gibt allerdings auch Fortschritte zu verzeichnen: In den letzten Jahren sind „frühe Schulabgänger“ seltener geworden. Dies sind 18- bis 24-Jährige, die sich nicht mehr im Bildungssystem befinden und maximal einen Realschulabschluss erreicht haben. Hier wurde im Jahr 2013 die politische Zielquote von 10 % erstmals unterschritten.<sup>1</sup> Es besteht also durchaus Hoffnung, dass auch die Niedrigqualifiziertenquote in den kommenden Jahren sinken wird.

Problematisch ist, dass der Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor stark von der sozialen Herkunft abhängt, insbesondere vom Bildungsstand der Eltern. So kommen 36 % der Gymnasiasten aus Akademikerhaushalten, aber nur 5 % der Hauptschüler.<sup>2</sup> In der Folge nehmen Kinder von Hochqualifizierten mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit ein Studium auf wie Kinder mit weniger privilegierter Bildungsherkunft. Diese ungleichen Bildungschancen führen nicht nur dazu, dass die Volkswirtschaft ihr produktives Potenzial nicht ausschöpft; Bildungshürden schaden auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## Wirtschaftliche Teilhabe

Beim Schlüsselthema wirtschaftliche Teilhabe zeigen sich kaum weitere Verbesserungen im Sinn der Nachhaltigkeit. Trotz der zuletzt guten wirtschaftlichen Entwicklung liegt die als Basisindikator herangezogene Langzeitarbeitslosenquote mit 2,5 % genauso hoch wie in den Vorjahren und nähert sich langsam dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (3,3 %) an. Der Score für wirtschaftliche Teilhabe verliert daher einen Punkt.



<sup>1</sup> Quelle: Eurostat.

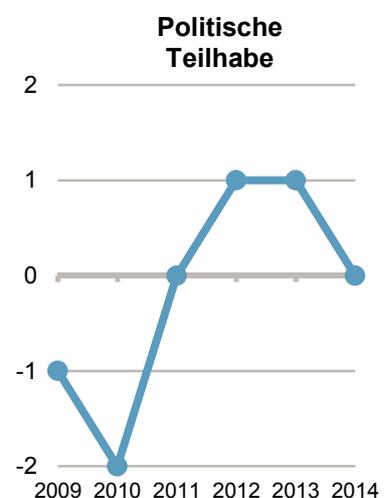
<sup>2</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildungsstand der Bevölkerung 2014.

Von Langzeitarbeitslosigkeit sind laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor allem Menschen über 55 (26 % der Langzeitarbeitslosen) und Menschen ohne Berufsabschluss (52 % der Langzeitarbeitslosen) betroffen.<sup>3</sup> Aufgrund des demografischen Wandels wird die Zahl der älteren Arbeitnehmer zukünftig weiter wachsen. Rutschen sie mit gleicher Wahrscheinlichkeit wie bisher in die Arbeitslosigkeit, könnte sich dies deutlich negativ auf die Langzeitarbeitslosenquote auswirken. Aktuelle Zahlen deuten dies bereits an. So stieg die Zahl älterer Arbeitsloser, die länger als 12 Monate auf der Suche nach Beschäftigung waren, von 2012 bis 2013 bereits um 7 % auf 275.000 an. Auch der verstärkte Trend zu Digitalisierung und Automatisierung könnte sich mittelfristig negativ auf die Langzeitarbeitslosenquote auswirken. Betroffen wären hier insbesondere Arbeitnehmer im mittleren Qualifikationsbereich die überwiegend Routinetätigkeiten durchführen,<sup>4</sup> sofern durch die neuen Technologien nicht genügend alternative Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitnehmer durch Umschulungsmaßnahmen für neue Tätigkeiten qualifiziert werden können. Um die nachhaltige Entwicklung der wirtschaftlichen Teilhabe zu fördern, werden daher zukünftig weitere Anstrengungen vor allem im Bereich der Bildung und Weiterbildung notwendig sein. Zudem muss nach Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit älterer Menschen gesucht werden.

### Politische Teilhabe

Als Basisindikator für politische Teilhabe wird das subjektiv eingeschätzte Interesse für Politik herangezogen, das auf Befragungsdaten aus dem sozioökonomischen Panel des DIW basiert. Das individuell eingeschätzte Interesse für Politik ist nach einem leichten Anstieg in den Vorjahren im aktuellen Beobachtungszeitraum 2013 wieder leicht gesunken und liegt nun dicht am langfristigen Mittelwert. Deswegen erhält der Indikator für politische Teilhabe einen Score von 0.

Erfreulich ist, dass die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 mit 71,5 % leicht höher lag als im Jahr 2009, in dem nur 70,8 % der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt haben. Zulauf erfuhren insbesondere kleine, nicht etablierte Parteien, auf die 2013 rund 11 % der Wählerstimmen entfielen. Dies lässt vermuten, dass das politische Interesse der



<sup>3</sup> Bundesagentur für Arbeit (2014), Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, Nürnberg.

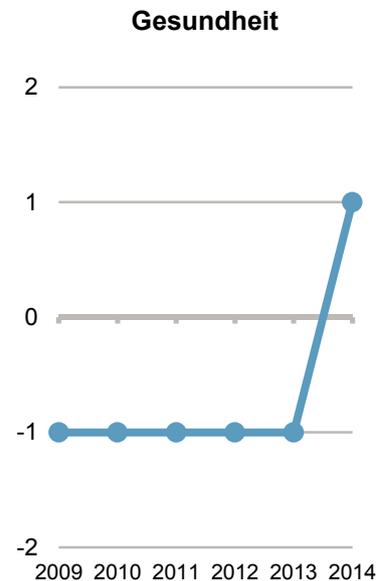
<sup>4</sup> Siehe hierzu auch die Stellungnahme der Bundesregierung auf die Anfrage zum „Wandel von Arbeit im Digitalen Zeitalter und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und das Arbeitsrecht“ vom 04.11.2014, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/030/1803032.pdf>.

Menschen neue Foren und Ausdrucksformen findet, sind doch die Mitgliedszahlen der etablierten Parteien (CDU, CSU, SPD, Grüne und Linke) auch im Jahr 2013 wieder um 0,9 % gesunken.<sup>5</sup>

### Gesundheit

Das Schlüsselthema Gesundheit wird im KfW-Nachhaltigkeitsindikator anhand der Behandlungsfälle von Krebs- und Kreislauferkrankungen im Krankenhaus sowie psychischen und Verhaltensstörungen bewertet. Zwischen 2006 und 2012 waren diese Erkrankungen immer häufiger geworden, 2013 ist die Entwicklung jedoch gegenläufig: Die Behandlungsfälle pro Einwohner nahmen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 % ab. Dementsprechend springt der Score von -1 auf 1.

Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen treten genauso häufig wie im Vorjahr auf. Getrieben wird das Ergebnis durch einen Rückgang von Krebs- und Kreislauferkrankungen. Dass es sich bei dieser erfreulichen Entwicklung um eine nachhaltige Trendumkehr handelt, ist fraglich. Mittelfristig wird allein schon die demografische Entwicklung zu verstärktem Auftreten von Krebs- und Kreislauferkrankungen führen. Hinzu kommt, dass Deutschland bei der Reduzierung der Raucherquote vergleichsweise kleine Fortschritte macht (2013: 24,5 %) und der Anteil fettleibiger Menschen stetig zunimmt (2013: 15,7 %). Vor dem Hintergrund dieser verhaltensabhängigen Krankheitsrisiken ist das im Juni 2015 verabschiedete Präventionsgesetz ein sinnvoller Schritt, um gesündere Lebensweisen gezielt zu fördern.



### Sicherheit

Als Basisindikator für das Schlüsselthema Sicherheit wird die Häufigkeit der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Wohnungseinbruchsdiebstähle und Gewaltverbrechen pro 100.000 Einwohner herangezogen. Zwischen 2013 und 2014 ist diese Zahl um 0,7 % zurückgegangen. Damit setzt sich der leicht positive Trend vom Vorjahr fort.

Allerdings lassen sich durchaus Unterschiede in der Entwicklung von Gewaltverbrechen und Wohnungseinbruchsdiebstählen erkennen. Während die Zahl der Gewaltverbrechen pro 100.000 Einwohner 2014 erfreulicherweise weiter abgenommen hat (-2,4 % ggü. 2013), hat

<sup>5</sup> Siehe [Niedermayer, O. \(2014\): Parteimitglieder in Deutschland, Berlin.](#)

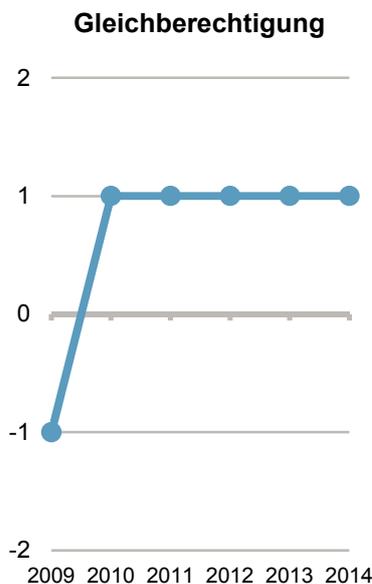
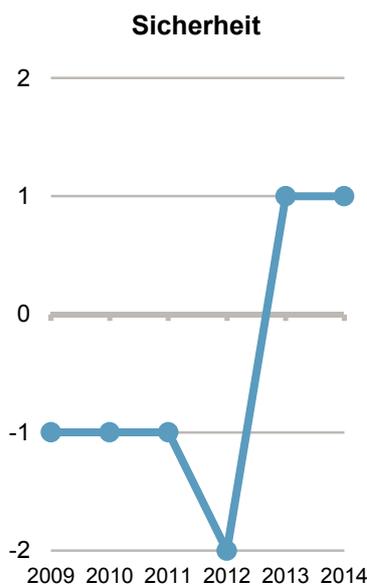
die Häufigkeit von Wohnungseinbruchsdiebstählen pro 100.000 Einwohner erneut zugenommen (+1,4 % ggü. 2013), wenn auch nicht so stark wie im Vorjahr. Trotz einer um 1,2 Prozentpunkte gestiegenen Quote von gescheiterten Einbrüchen (41,4 %) und einer um 0,4 Prozentpunkte höheren Aufklärungsquote (15,9 %) bei Wohnungseinbrüchen besteht somit weiterhin Handlungsbedarf. Der Einbau einbruchshemmender Techniken kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Insgesamt liegt die Zahl aller erfassten Straftaten 2014 mit 7.530 Fällen pro 100.000 Einwohner jedoch noch deutlich über dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerten Ziel von weniger als 7.000 Straftaten bis zum Jahr 2020. Sie liegt sogar höher als im Jahr 2013. Nicht nur im Bereich der Wohnungseinbruchsdiebstähle sind damit weitere Anstrengungen notwendig.

### Gleichberechtigung

Als Indikator für die Gleichberechtigung wird der Geschlechterunterschied im Bruttostundenverdienst herangezogen. Der Verdienstrückstand von Frauen (so genannter *unbereinigter Gender Pay Gap*) stagniert seit dem Jahr 2010 und beträgt auch 2014 erneut 22,0 %. Da dies gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2003–2013 (22,5 %) immer noch eine Verbesserung darstellt, nimmt der Indikator den Scorewert 1 an.<sup>6</sup>

Die geringeren Stundenverdienste von Frauen sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass sie häufiger in Branchen mit niedrigerem Lohnniveau arbeiten und seltener Führungspositionen einnehmen. Doch selbst bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit bleibt ein deutlicher Verdienstrückstand: Im Jahr 2010 betrug der so genannte *bereinigte Gender Pay Gap* 7 %.<sup>7</sup> In Verbindung mit geringerer Erwerbsbeteiligung und häufigerer Teilzeitbeschäftigung führen die Verdienstunterschiede zu größeren Armutsrisiken bei Frauen.



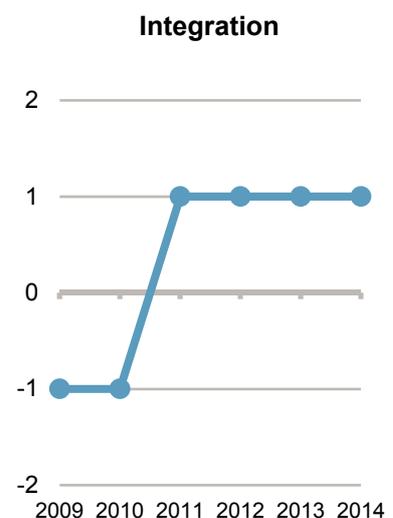
<sup>6</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung, 2014.

<sup>7</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung, 2010.

Während die Verdienstunterschiede stagnieren, hat sich die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen verbessert: Zwischen 2002 und 2012 ist die weibliche Erwerbsquote um 9 Prozentpunkte auf 68 % gestiegen, bei den Männern ist nur ein Anstieg von 5 Prozentpunkten auf 77 % zu verzeichnen.<sup>8</sup> Frauen sind also weiterhin deutlich seltener erwerbstätig als Männer, der Abstand hat sich jedoch merklich verringert. Zudem werden Frauen immer häufiger unternehmerisch tätig: Im Jahr 2014 wurden 43 % der Existenzgründungen von Frauen umgesetzt.<sup>9</sup> Insgesamt stieg der Anteil frauengeführter Unternehmen im Mittelstand zwischen 2002 und 2013 von 15,1 auf 19,4 %.<sup>10</sup>

### Integration

Für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration von Ausländern ist ihr Erfolg am Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2014 beträgt die Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten von Ausländern und Gesamtbevölkerung 9 %. Angesichts des zehnjährigen Durchschnitts von 9,8 % ergibt sich ein Scorewert von 1. Die letzte größere Annäherung der Arbeitslosenquoten fand im Jahr 2011 statt, seitdem ist die Differenz annähernd konstant. Nach wie vor sind Ausländer fast dreimal so häufig arbeitslos wie Deutsche (16,5 % gegenüber 5,7 %).<sup>11</sup>



Entscheidend für die Integration, nicht nur am Arbeitsmarkt, ist Bildung. Bei der Vermeidung besonders niedriger Qualifikation wurden in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. So verließen beispielsweise noch im Jahr 2002 fast 20 % der ausländischen Schüler die Schule ohne Abschluss, 2012 waren es noch 11 %. Allerdings besteht immer noch ein deutlicher Unterschied zu deutschen Schülern, von denen 5 % die Schule ohne Abschluss verlassen. Auch bei höheren Bildungsabschlüssen sind die Unterschiede weiterhin enorm: 38 % der deutschen Schulabsolventen erhielten 2012 die Hochschulreife, unter den Ausländern war der Anteil mit 18 % weniger als halb so groß.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsmarktberichterstattung 2014.

<sup>9</sup> Quelle: KfW-Gründungsmonitor 2015.

<sup>10</sup> Quelle: Schwartz, M. (2015): Wie weiblich ist der Mittelstand? Frauen als Unternehmenslenker, Fokus Volkswirtschaft Nr. 101, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.

<sup>11</sup> Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Mai 2015.

<sup>12</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2014.

Die Nachteile von Ausländern – bzw. Personen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt entstehen vor allem zu Beginn der Bildungsbiografie. Denn Voraussetzung für Bildungschancen ist die Sprachkompetenz. Es sollten deshalb weitere Anstrengungen unternommen werden, die Deutschkenntnisse schon im Kleinkindalter stärker zu fördern und zugewanderte Schüler gezielter zu unterstützen. Dies ist nicht zuletzt eine Frage der Ressourcenallokation im Bildungssystem.

### Internationale Verantwortung

Der Indikator für das Thema internationale Verantwortung hat sich deutlich verbessert: Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA Quote) stieg von 0,38 % im Jahr 2013 auf 0,41 % im Jahr 2014. Der Indikator übertraf damit den Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre signifikant und erzielt einen Scorewert von 1. Deutschland bekennt sich weiterhin zu seiner internationalen Verantwortung auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings ist daran zu erinnern, dass sich Deutschland 2005 zu einer Steigerung der ODA Quote bis 2010 auf 0,51 % (Ist-Wert 0,39 %) und bis 2015 auf 0,7 % verpflichtet hatte.

